

Einleitung

Ein Gespenst geht um in Frankreich, das Gespenst der „Neoreaktionäre“. Als solche werden vor allem ehemalige Linksintellektuelle bezeichnet, die seit geraumer Zeit gegen die Gebote der „politischen Korrektheit“ verstoßen und sich auch nicht scheuen, fest verwurzelte Tabus der französischen Republik zu verletzen. Zu ihnen werden unter anderem die Philosophen André Glucksmann und Alain Finkielkraut, der ehemalige Che-Guevara-Fan und Mitterrand-Berater Régis Debray sowie die Publizisten Alexandre Adler und Pascal Bruckner gerechnet. Ihr Anliegen ist nicht neu, und seit drei Jahren haftet ihnen das Etikett „néoréacs“ an; doch hat dieses Anliegen durch die Unruhen in den französischen Vorstädten im Herbst 2005 neues Gewicht erhalten und vor allem eine politische Verankerung in Gestalt des Innenministers Nicolas Sarkozy gefunden, der während der Unruhen zum Buhmann der an den Ausschreitungen beteiligten Jugendlichen wurde, gleichzeitig aber in der Öffentlichkeit an Popularität hinzugewann.

Was ist nun das Anliegen der „Neoreaktionäre“? Laurent Joffrin, Chefredakteur des linken „Nouvel Observateur“, urteilt mit kritischem Verständnis: „Die Neoreaktionäre verbreiten kohärente, solide Ideen. Es sind Ideen, die sich mit den Gefahren in der Welt beschäftigen, die von der Linken – geben wir es zu – nicht immer richtig eingeschätzt werden. Wie die Neokonservativen in den USA bereiten die néoréacs das geistige Terrain für eine neue Politik vor...“ Diese Vorbereitung geschieht zunächst, indem Tabuthemen angesprochen und der gültige politische Kodex in Frage gestellt wird. So stellt Pascal Bruckner fest: „Die Unmöglichkeit, eine Debatte über den radikalen Islam, die Einwanderung oder den Nationalismus zu führen

Winfried Veit *

Was bleibt vom französischen Modell?

ohne gleich als Faschist behandelt zu werden, zeigt den Grad der mentalen Verwirrung, in dem sich unser Land befindet. Wenn Voltaire heute leben würde, würde er von unseren unnachgiebigen Antirassisten vor Gericht gezerrt.“ Wie zur Bestätigung dieser Feststellung demonstrierten islamische Organisationen kurz darauf in der Nähe von Genf für die Absetzung eines Theaterstückes von Voltaire, weil darin angeblich der Prophet Mohammed beleidigt würde. Im Gefolge der Vorstadtunruhen brach auch eine Debatte über die koloniale Vergangenheit Frankreichs los, die ebenfalls Wasser auf die Mühlen der „Neoreaktionäre“ leitete. Bruckner beklagt in diesem Zusammenhang die „Schulduzuweisung an den Westen, der für alle Übel dieser Welt verantwortlich gemacht wird, weil er, und nur er, Selbstkritik und Reue praktiziert“. Auch für diese Aussage fand sich eine aktuelle Bestätigung: der renommierte Historiker Olivier Pétré-Grenouilleau wurde mit Beschimpfungen überhäuft und mit gerichtlichen Klagen bedroht, weil er in einem Standardwerk zur Geschichte der Sklaverei nicht nur die westlich-weiße, sondern auch die arabische Sklaverei und die afrikanische Beteiligung an beiden darstellte.

Ging im Feuer der brennenden Autos und Schulen der französischen Vorstädte im Herbst 2005 auch das französische Modell der Integration in Flammen auf, so steht zugleich das französische Sozialmodell verstärkt auf dem Prüfstand. Seine zunehmende Infragestellung durch die Wirkungen der Globalisierung und die damit einhergehende Liberalisierung war eine der Ursachen für die Ablehnung der europäischen Verfassung durch die Mehrheit der Franzosen im Referendum vom 29. Mai 2005. Dieses Ereignis hat – zusammen mit den Herbstunruhen – das Jahr 2005 in Frankreich geprägt und die Auswirkungen beider Ereignisse dürften die Franzosen noch längere Zeit beschäftigen. Das französische „Nein“ im Verfassungsreferendum hat dabei, ähnlich wie bei den Vorstadtkrawallen, eine seit länge-

* Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

rer Zeit schwelende Debatte über die „französische Malaise“ beschleunigt und verstärkt, doch ist es in diesem Fall eine Debatte, an der nicht nur Intellektuelle, sondern auch die Wirtschaft und die Gewerkschaften beteiligt sind. Eine vorläufige Diagnose des Historikers Jacques Julliard gibt nicht eben Anlass zur Hoffnung: „Wir sind die Schizophrenen des Westens. Und wir haben kaum Lust, geheilt zu werden.“

Der Aufstand der Vorstädte

Schizophren ist auch die Haltung Frankreichs in den immer brennenderen Fragen von Einwanderung und Integration. Das offizielle Frankreich und mit ihm alle befugten oder selbsternannten Wächter der republikanischen Orthodoxie beharren auch nach den schweren Krawallen vom Oktober und November 2005 in den Vorstädten auf der Gültigkeit der „republikanischen Werte“. Diese entstammen dem Fundus der französischen Revolution und sind an sich durchaus positiv zu werten, ist danach doch jeder französische Staatsbürger vor dem Gesetz gleich und kümmert sich der Staat nicht darum, welche Hautfarbe oder Religion der Einzelne besitzt. Dies geht sogar soweit, dass bei Volkszählungen nicht nach Religion und ethnischer Herkunft gefragt wird, und dass solche Fragen etwa auch bei Marktuntersuchungen nicht zulässig sind. Deshalb weiß man in Frankreich nicht genau, wie viel Einwanderer welchen Ursprungs im Land leben und wie hoch zum Beispiel die Zahl der Muslime ist angesichts der politischen Debatten um deren Integration, des „Kopftuchverbots“ im letzten Jahr und der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus eine fragwürdige Grundlage für zielgerichtetes politisches Handeln. Aufgrund fehlender statistischer Daten weiß man auch nicht, wie hoch der Grad der viel beklagten Diskriminierung von Ausländern und nicht-weißen Franzosen bei Beschäftigungs- und Wohnungssuche wirklich ist. Und schließlich hat man im Namen der republikanischen Werte jahrelang die Augen vor der Tatsache verschlossen, dass sich in den Ghettosiedlungen am Rande der großen Städte nicht nur alle sozialen Probleme (unwürdige Behausungen, hohe Arbeitslosigkeit, schlechtes Schulangebot) kumulieren, sondern sich dort auch immer stärker ethnisch-religiöse Strukturen mit mafiosem oder fundamentalistischem Hintergrund herausbildeten und quasi rechtsfreie Räume entstanden, in denen die Republik nur noch symbolisch vertreten war.

Gerade diese verbliebenen Symbole staatlicher Präsenz in den verwahrlosten Vorstädten und Hochhaus-

siedlungen waren – neben Autos – das bevorzugte Ziel der jugendlichen Randalierer in den Unruhewochen vom 27. Oktober bis 17. November 2005. 233 öffentliche Gebäude wurden, meist durch Brandanschläge, beschädigt; in der Mehrzahl Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Kulturzentren, Feuerwehrationen und sonstige Amtsgebäude. Daneben waren aber auch 74 private Gebäude Ziel der Attacken, darunter viele Apotheken. 10 000 Autos wurden in Brand gesteckt (bei einer Gesamtzahl von jährlich 30 000 in Frankreich angezündeten Pkw); der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 200 Millionen Euro. Zeitweise waren bis zu 11 500 Polizisten und Gendarmen im Einsatz, von denen 217 verwundet wurden, darunter mehrere durch Gewehrschüsse. 4 770 Personen wurden festgenommen, 4 402 davon landeten in Polizeigewahrsam, 763 wurden inhaftiert. Diese Zahlen, die Verhängung des Ausnahmezustandes unter Rückgriff auf ein Gesetz aus der Zeit des Algerienkriegs, vor allem aber die wochenlangen Fernsehbilder aus den „brennenden Vorstädten“, vermittelten mancherorts, vor allem in amerikanischen und englischen Medien, den Eindruck, Frankreich stehe vor dem Bürgerkrieg. Davon kann natürlich keine Rede sein, dennoch war der Schock groß und sind die Konsequenzen unabsehbar.

Doch wie immer diese sein mögen, fest steht, dass die Debatte über die fundamentalen Probleme von Einwanderung, Integration und Religion eine neue Dynamik gewinnen wird, auch wenn es allen Anschein hat, als ob die politische Klasse – rechts wie links – den Problemen mit den alten Rezepten zu Leibe rücken will.

Am Beginn steht zunächst die Ursachenanalyse. „Die Krise der Vorstädte ist keine Krise der Integration, sondern eine Krise des Elends“, erklärte Malek Boutih, für Fragen der Gesellschaft zuständiger Nationalsekretär der Sozialistischen Partei (PS). Dieser Meinung scheint auch die Regierung zu sein, die mit einem umfangreichen Paket an sozialen Maßnahmen auf die Unruhen geantwortet hat. So sollen bis 2011 etwa 250 000 Sozialwohnungen abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden. Denn nicht erst seit heute weiß man, dass die in den sechziger und siebziger Jahren an den Rändern der großen Städte errichteten Hochhaus-siedlungen zwar die Wohnungsnot linderten, zugleich aber immer stärker zu einer Ghettosierung führten. Diese Tendenz wurde mit abnehmendem Wirtschaftswachstum und steigender Arbeitslosigkeit immer stärker: heute schätzt man die Arbeitslosigkeit in den sogenannten „sensiblen urbanen Zonen“ auf zwischen 20 und 30 Prozent, bei den jungen Leuten unter 25

Jahren auf bis zu 40 Prozent (im nationalen Durchschnitt liegen diese Werte bei gegenwärtig 9,6 beziehungsweise 23 Prozent). In der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – darin sind sich konservative Regierung und sozialistische Opposition ausnahmsweise einig – liegt der Schlüssel zur Lösung des Integrationsproblems. Auch sollen wieder Gelder in soziale und kulturelle Einrichtungen der Vorstädte fließen, die erst unlängst wegen der großen Haushaltsprobleme gestrichen worden waren.

Doch lässt sich damit alles erklären und lösen? In einer Analyse der französischen Inlandsgeheimdienste (*renseignements généraux*), die auszugsweise von *Le Monde* veröffentlicht wurde, heißt es: „Die Jugendlichen der Vorstädte waren von einem starken Identitätsgefühl beseelt, das nicht nur auf ihrer ethnischen und geographischen Herkunft, sondern auf dem Gefühl des Ausgeschlossenseins aus der französischen Gesellschaft beruhte.“ Man befindet sich also in einem Teufelskreis: je mehr man sich ausgeschlossen fühlt, desto stärker neigt man zu einer ethnischen oder religiösen Identifizierung, die wiederum, im Verein mit der alltäglichen Diskriminierung, die Integration erschwert. Da leider zu befürchten ist, dass das Allheilmittel Beschäftigung angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht (so schnell) greifen wird, wird dieser Trend eher noch zunehmen. Dass es noch immer politisch unkorrekt ist, die überwiegend afrikanische oder arabische Herkunft der an den Unruhen in den Vorstädten beteiligten Jugendlichen (wo die Gewalt alltäglich ist) zu benennen, erleichtert die Problemlösung nicht. Längst gibt es einen „antiweißen Rassismus“ unter den Vorstadtjugendlichen, der sich erstmals massiv im Frühjahr 2005 bei einer Demonstration von 50 000 Gymnasiasten gegen die Bildungsreform der Regierung äußerte, als Gruppen von Jugendbanden überwiegend afrikanischer Herkunft über die (weißen) Demonstranten herfielen, sie verprügelten und ausraubten, bis sich die Kundgebung in Panik auflöste. Und es war der „Neoreaktionär“ Alain Finkielkraut, der in diesem Zusammenhang darauf hinwies, „dass es Leute in Frankreich gibt, die dieses Land verachten“ und dass es unter den arabisch-islamisch-stämmigen Jugendlichen „einen Hass auf den Westen gibt“.

Der Philosoph löste mit diesen und ähnlichen Bemerkungen einen Aufschrei der Empörung aus, doch übersieht die offizielle Politik, dass der gefürchtete „Kommunitarismus“ (gemeint ist damit die Organisation ethnischer Gruppen) längst schon Realität ist, auch wenn das Thema immer noch wie ein Tabu behandelt wird. Am 26. November 2005 wurde in Paris ein „Re-

präsentativrat der Schwarzen“ gegründet, der sich explizit die Interessenvertretung der Franzosen schwarzer Hautfarbe und den Kampf gegen Diskriminierung auf die Fahnen geschrieben hat. In diesen Kreisen wird die offizielle Politik der „égalité“ mit einer Leugnung der „schwarzen Frage“ gleichgesetzt; hingegen fordert man „positive Diskriminierung“ nach amerikanischem Vorbild. Diese Forderung wird schon seit geraumer Zeit von Innenminister Nicolas Sarkozy erhoben, der auch für Einwanderungsquoten eintritt und vor zwei Jahren wesentlich zur Gründung einer anderen „kommunitaristischen“ Institution beigetragen hat, dem „Französischen Rat der muslimischen Konfession“ (*Conseil Français du culte musulman*). Er befürwortet auch seit langem eine Lockerung des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat aus dem Jahre 1905 – einer weiteren heiligen Kuh des republikanischen Establishments – um dem Islam als „neuer“ Religion auf französischem Boden Starthilfen geben und so radikalen Tendenzen entgegensteuern zu können. Mit all diesen unorthodoxen Vorschlägen ist Sarkozy das „enfant terrible“ der französischen Politik geworden, der andererseits aber in der Krise der Vorstädte durchaus mit harter Hand durchgegriffen hatte und sich mit saloppen Sprüchen nicht nur den Zorn der Vorstadtjugendlichen zuzog, so, wenn er von „Gesindel“ sprach und ankündigte, die Vorstädte mit dem „Kärcher“, der in Frankreich überaus populären deutschen Hochdruckreinigungsmaschine, reinigen zu wollen.

Dass man in Frankreich mittlerweile mit solchen Parolen an Popularität gewinnen kann, ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die extreme Rechte des „Front National“ wachsende Mitgliederzahlen und steigende Umfragewerte vermeldet, und dass der Präsidentschaftskandidat der souveränistischen „Bewegung für Frankreich“, Philippe de Villiers, bereits ankündigte, Einwanderung und Integration zum zentralen Thema seiner Kampagne zu machen. Die Gralshüter der republikanischen Orthodoxie werden es angesichts dieser Entwicklungen schwer haben, ihr in Scherben liegendes Integrationsmodell noch weiter zu verteidigen.

Der Fluch des kolonialen Erbes

Im Gefolge der Vorstadtunruhen hat auch eine seit längerem schwelende Debatte neue Nahrung erhalten, die Frankreichs koloniale Vergangenheit zum Gegenstand hat. Auslöser war ein am 23. Februar 2005 in Kraft getretenes Gesetz, das die „Dankbarkeit der Na-

tion gegenüber den Rücksiedlern (rapatriés)“ ausdrücken sollte. Der Begriff „rapatrié“ ist ein weiterer Euphemismus der politischen Korrektheit, handelt es sich dabei doch hauptsächlich um die am Ende des Unabhängigkeitskrieges aus Algerien vertriebenen oder geflüchteten französischen Siedler (auch „pieds noirs“ genannt). Stein des Anstoßes ist dabei Artikel 4, der besagt, dass „im Schulunterricht besonders die positive Rolle der französischen Überseepräsenz, insbesondere in Nordafrika“ hervorgehoben werden sollte.

Damit hat auch Frankreich seine „Vertriebenen-debatte“, aber ihre Dimensionen sind ungleich größer und gefährlicher als in Deutschland. Außenpolitisch hat sie unter anderem dazu geführt, dass die für 2005 vorgesehene Unterzeichnung des französisch-algerischen Freundschaftsvertrages nach dem Vorbild des deutsch-französischen Elysée-Abkommens vorerst auf Eis gelegt wurde, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis aus anderen ehemaligen Kolonien die Forderungen nach Reuebekenntnissen und nach Wiedergutmachung laut werden. Auf der anderen Seite gab es erst Ende 2004 die vorläufig letzten französischen „rapatriés“, als 10 000 Franzosen aus der Elfenbeinküste evakuiert wurden, nachdem ihnen vom Regime des Präsidenten Gbagbo aufgehetzte Schlägerbanden auf den Leib gerückt waren. Die Evakuierung erfolgte im übrigen durch die in der französischen Ex-Kolonie seit einigen Jahren stationierte französische Friedenstruppe, die von Gbagbo immer wieder der neokolonialen Machenschaften beschuldigt wird und die sich im Verein mit UN-Verbänden bemüht, die Bürgerkriegsparteien zwischen Nord und Süd auseinander zuhalten. Das Ansehen der Armee bei diesem Einsatz hat auch darunter gelitten, dass im Zusammenhang mit Misshandlungen und einem daraus folgenden Todesfall zwei hochrangige Offiziere vom Dienst suspendiert wurden. Zu allem Überfluss gibt es auch neue Erkenntnisse und entsprechende Diskussionen über die Rolle des französischen Militärs beim Völkermord an den Tutsi in Rwanda im Jahre 1994.

Rühren diese Ereignisse und Debatten schon mächtig am Selbstverständnis der „grande nation“, so sind die innenpolitischen Konsequenzen des unglückseligen Gesetzes vom Februar 2005 noch gravierender. Bei den Abstimmungen in der Nationalversammlung und im Senat im Juni und Dezember 2004 erhob sich dagegen keine Stimme; der PS-Vorsitzende François Hollande erklärte später, seine Kollegen hätten „aus Versehen“ für das Gesetz gestimmt. Ein Antrag der Sozialisten, den Artikel 4 wieder rückgängig zu machen, scheiterte am 29. November 2005 an der Regierungs-

mehrheit. Aber selbst ein Erfolg des Vorhabens hätte wohl nichts mehr genützt: die Diskussion über Frankreichs koloniale Vergangenheit war zum Selbstläufer geworden, die eher erratische und konturlose Rebellion der Vorstädte hatte ihre ideologische und gesellschaftskritische Basis und Fortsetzung gefunden. Der liberale *Express* fasste diese Entwicklung treffend zusammen: „Für alle diejenigen, die sich nicht als Franzosen fühlen, beginnt durch die Polemik um Artikel 4 eine neue gemeinsame Identität zu entstehen: alle waren oder sind Opfer Frankreichs, und der Opferstatus tritt an die Stelle der nationalen Zugehörigkeit.“ Auf der anderen Seite befürworteten in einer Umfrage vom 30. November letzten Jahres 64 Prozent der Franzosen, darunter 57 Prozent der Linkssympathisanten, die Aufrechterhaltung des Artikels 4.

Lässt sich daraus eine neue Spaltung der französischen Gesellschaft ablesen – auf der einen Seite zwei Drittel (weiße) Täter, auf der anderen ein Drittel (farbige) Opfer? Löst diese neue Trennlinie entlang identitätsstiftender Faktoren die alte Konfrontation zwischen den sozialen Klassen, zwischen arm und reich ab? Oder kommt gar beides zusammen, wie etwa in Lateinamerika, wo die Hautfarbe zumeist auch den sozialen Status bestimmt? Soweit ist es sicherlich noch nicht, aber so weit entfernt ist man vielleicht auch wieder nicht. Das „weiße“ Frankreich, das in aller Unschuld noch das Gesetz vom Februar 2005 verabschiedete, sieht sich plötzlich mit rüden Attacken auf seine glorreiche Vergangenheit konfrontiert und hat einen leisen Rückzug angetreten. Staatspräsident Jacques Chirac, der während der Vorstadtunruhen ein klägliches Bild bot und weniger denn je staatliche Autorität verkörperte, beauftragte den Präsidenten der Nationalversammlung, Jean-Louis Debré, einen Weg aus dem Dilemma zu suchen (der Art. 4 wurde schließlich auf dem Verordnungswege aus der Welt geschafft). Dabei bekannte Chirac, dass „wenige Dinge genügen, um aus der Geschichte – Schlüssel der Zusammengehörigkeit der Nation – ein Element der Spaltung“ zu machen. Die offiziellen 100-Jahr-Feiern zum Sieg von Napoleon in Austerlitz, sonst mit großem Pomp gefeiert, fielen vergleichsweise bescheiden aus. Hingegen demonstrierten in Paris hunderte von „Antillais“ (Bewohner der französischen Übersee-Departements in der Karibik) gegen den „Mörder“ und „Sklavenhalter“ Napoleon. Munition dafür hatte ihnen der aus Guadeloupe stammende Schriftsteller Claude Ribbe geliefert, der sich in einem jüngst erschienenen Buch mit dem Titel „Das Verbrechen Napoleons“ nicht scheut, den französischen Heros par excellence als Völkermörder und geistigen Vorläufer von Hitler zu bezeichnen – vor

allem deswegen, weil Napoleon 1802 die von der französischen Revolution abgeschaffte Sklaverei wieder eingeführt hatte.

Bei einer solchen Attacke auf eine der glänzendsten Ikonen des französischen Geschichtsverständnisses hätte man normalerweise einen Aufschrei der politischen und intellektuellen Klasse erwarten können. Stattdessen sah sich Innenminister Sarkozy Anfang Dezember gezwungen, eine geplante Reise in das Übersee-Departement Martinique abzusagen, weil ihn dort außer Demonstranten nichts erwartete: die meisten lokalen Würdenträger hatten angekündigt, dass sie ihren obersten Dienstherrn wegen dessen Äußerungen in den Vorstadtunruhen nicht empfangen würden – noch vor wenigen Jahren ein undenkbarer Vorgang.

Immerhin aber begann ein Reflexionsprozess über Sinn und Unsinn von staatlich verordneten Geschichtsinterpretationen, dem sich außer Intellektuellen auch viele Politiker, darunter führende Repräsentanten der regierenden Rechten anschlossen. Eine Gruppe von Historikern forderte bei dieser Gelegenheit, alle in diesem Zusammenhang erlassenen Gesetze wieder aufzuheben – neben dem Gesetz vom Februar 2005 unter anderem auch das Gesetz von 2001, das die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet oder auch das Gesetz zur Anerkennung des armenischen Völkermords; all dies könne nicht aus seinem historischen Kontext herausgerissen und in nachträgliche Gesetzesform gegossen werden, sondern die Interpretation dieser Ereignisse müsse den Historikern und der Gesellschaft überlassen werden. Eine weitere Gruppe von Intellektuellen wies warnend darauf hin, dass bei aller Berechtigung der antikolonialen Kritik diese vielfach zum Anlass für unpassende Vergleiche – etwa die Vorstadtrevolte mit der palästinensischen Intifada gleichzusetzen – und für unverhohlene antijüdische oder gar antisemitische Attacken benutzt würden; wenn etwa die Sklaverei als Holocaust bezeichnet werde, dann öffne sich hier die „mörderische Falle der Opferkonkurrenz“.

Eine vorläufige Bilanz dieser Debatte zog Bernard Poignant, Vorsitzender der französischen Sozialisten im Europaparlament, in einem Artikel in *Le Monde* vom 14. Dezember unter der bezeichnenden Überschrift: „Frankreich, ich liebe deine Geschichte“. Finkielkraut habe nicht in allem recht, meint er, aber „wenn er schreibt: wie kann man ein Land lieben, wenn man es jeden Tag hassenswert macht, dann gebe ich ihm recht“. Poignant macht dann am Beispiel der großen linken Führungsgestalten in der zweiten Hälfte des

19. Jahrhunderts, Jean Jaurès und Jules Ferry, deutlich, wie wichtig historischer Kontext und Würdigung des gesamten Lebenswerks bei der Beurteilung geschichtlicher Gestalten sind; aus heutiger Sicht gaben sie anti-jüdische und rassistische Erklärungen ab, „gestern waren dies progressive Meinungen“. Es gebe also genug Dinge, die mit einem historischen Bann belegt werden könnten: „Dies kann der ganzen französischen Geschichte passieren bis hin zu dem Punkt, wo man nicht mehr stolz darauf ist, Franzose zu sein“. Und Poignant erinnert auch daran, dass Frankreich bei der Einwanderung an der Grenze seiner Kapazitäten angelangt sei – eine Tatsache, die schon vor vielen Jahren der damalige sozialistische Ministerpräsident Michel Rocard mit seinem viel zitierten Wort zum Ausdruck brachte, wonach „Frankreich nicht das ganze Elend der Welt aufnehmen“ könne. Poignant schreibt abschließend, die Völker trügen das Beste und das Schlimmste in sich. „Aber um sich in Europa wohl zu fühlen, muss man sich in Übereinstimmung mit seinem Land befinden“.

Die gesellschaftliche Malaise und das Nein zu Europa

Aber fühlt sich Frankreich in Europa wohl? Als ob die Probleme von Integration und Kolonialvergangenheit nicht schon genug wären, hat Frankreich seit dem 29. Mai 2005 auch ein massives europäisches Problem. Die deutliche Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfs durch die Mehrheit der Franzosen war dabei wohl weniger ein Anzeichen für eine antieuropäische Haltung als vielmehr ein Ausdruck der tief sitzenden Verunsicherung und einer seit längerem manifesten Identitätskrise. Dass Frankreich als Gründungsmitglied der Europäischen Union und im eigenen Selbstverständnis „Speerspitze“ der europäischen Integration sich nun auch noch in Europa isolierte, hat die immanente Tendenz zur pessimistischen Nabelschau nur noch verstärkt. In Europa diskreditiert, vom Sockel der Geschichte heruntergezerrt, von einem Teil der eigenen Landsleute verachtet – was bleibt da vom französischen Modell?

In der öffentlich geführten Debatte zwischen Politikern und Intellektuellen ist viel vom Verlust oder zumindest Rückgang der „republikanischen Werte“ die Rede. Dies sind Werte, die nach der französischen Revolution und der Trennung von Kirche und Staat an die Stelle der alten monarchischen und religiösen Tradition getreten sind. Es sind die Vaterlandsliebe, die laizistische Überzeugung und das Gefühl, einer kulturell

überlegenen Nation anzugehören, die eine „zivilisatorische Mission“ zu erfüllen hat und deren Sprache nichts Vergleichbares in der Welt findet. Dieser „republikanische Kult“ wurde vor allem von der Schule und im Militärdienst gepflegt, in der III. Republik die zwei bedeutendsten Institutionen der nationalen Integration (zwischen sozialen Klassen wie auch für Einwanderer), denen die IV. Republik ab 1945 das System der „grandes écoles“ hinzufügte, auf denen die republikanische Elite herangezüchtet wurde. Dazu kamen seit der Zwischenkriegszeit die messianischen Heilserwartungen der Arbeiterbewegung, die rote Fahne trat neben die Trikolore.

All dies ist Vergangenheit: die Wehrpflicht gibt es nicht mehr, die Schule befindet sich in einer tiefen Krise, die Arbeiterbewegung dient vor allem noch dem Erhalt ökonomischer Vorteile für immer weniger Privilegierte (vor allem im öffentlichen Dienst), die „grandes écoles“ sind zum Instrument einer von der gesellschaftlichen Realität abgekoppelten Kaste geworden. Woher soll die Rettung kommen? Der aus dem Marxismus kommende Schriftsteller und Philosoph Régis Debray hat einen Rettungsanker ausgemacht: eine „zivile Religion“ muss (wieder) her. Er geht sogar soweit, ein Zuwenig an (traditioneller) Religion zu beklagen gegenüber einem (aufgrund der islamistischen Gefahr) vielfach befürchteten Zuviel an Religion. In den brodelnden Vorstädten, aber auch weit darüber hinaus sieht er in erster Linie den Verlust jeglicher Werte: ein *Rapper* als Idol statt politischer Leitfiguren, Markenklamotten statt politischer Parolen, die verzweifelte Suche des Individuums vom frühesten Alter an nach dem „höchsten Vergnügen“ statt dem Bestreben nach Gemeinsamkeit. „Das Unvermögen zu glauben, macht das Leben in der Gesellschaft immer schmerzlicher. Weil ein Supermarkt niemals genügt hat, um eine Gemeinschaft hervorzubringen. Die Verherrlichung des Konsums vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise hat unter unseren Füßen eine Bombe der Fragmentierung entstehen lassen.“

Die Brüchigkeit dieser Konstellation – Konsumgötzentum bei sinkender Wirtschaftskraft – belegt der Schriftsteller und frühere Mitterand-Berater Jacques Attali in einem Beitrag für den *Express* (22.9.2005) mit Zahlen:

- seit Jahren hinkt das französische Wirtschaftswachstum mit knapp 2 Prozent dem Wachstum der Weltwirtschaft (4 Prozent) hinterher;
- seit 2002 verlangsamt sich die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens mit 0,9 Prozent gegenüber

2,4 Prozent in den USA und 2,8 Prozent im Weltdurchschnitt;

- trotz einer seit Frühjahr 2005 kontinuierlich, wenn auch nur leicht sinkenden Arbeitslosigkeit auf gegenwärtig 9,6 Prozent, ist es in den letzten zwanzig Jahren auch in Zeiten starken Wirtschaftswachstums nicht gelungen, die Arbeitslosenrate unter 8 Prozent zu senken; in Wahrheit, so Attali, muss man zu den offiziell zweieinhalb Millionen Arbeitslosen weitere eineinhalb Millionen hinzurechnen, die nicht offiziell registriert sind oder die keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung haben;
- besorgniserregend ist die Struktur der Arbeitslosigkeit: 40 Prozent sind länger als ein Jahr beschäftigungslos gegenüber 32 Prozent in der OECD; ein arbeitsloser Franzose ist durchschnittlich sechzehneinhalb Monate ohne Arbeit, ein Kanadier nur vier Monate;
- während in anderen Ländern wieder mehr gearbeitet wird, arbeitet man in Frankreich immer weniger: die Franzosen, die zwar pro Stunde 5 Prozent produktiver arbeiten als die Amerikaner, erwirtschaften dennoch im Laufe ihres Arbeitslebens 35 Prozent weniger als diese (wegen der kürzeren Arbeitszeit);
- die Kaufkraft nimmt ab: 3,5 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze, 4,7 Millionen von Sozialhilfe, daher die Obsession, immer billiger zu kaufen, mit der Konsequenz, dass „das, was der Konsum zum Wirtschaftswachstum beiträgt, auf der anderen Seite durch (Billig-) Importe wieder verloren geht“;
- das französische Außenhandelsdefizit hat mit 17,4 Milliarden Euro einen historischen Höchststand erreicht; seit dem Jahr 2000 ist Frankreichs Anteil am Weltmarkt von 5,3 auf 4,8 Prozent gesunken;
- in der Weltrangliste der konkurrenzfähigsten Nationen stürzte Frankreich im vergangenen Jahr um sieben Plätze auf Rang 30 ab.

Zu diesem düsteren Bild passte der Mitte Dezember 2005 veröffentlichte Bericht einer Kommission unter Leitung des Bankiers Michel Pébereau über den Zustand der öffentlichen Finanzen, in dem ein katastrophales Bild gemalt wurde: 1 117 Milliarden Euro Schulden, das entspricht 67 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wozu langfristig zwischen 450 und 900 Milliarden an Pensionszahlungen für die öffentlich Bediensteten hinzukommen. Schon jetzt beträgt der jährliche Schuldendienst 45 Milliarden, das entspricht in etwa dem Aufkommen der Einkommenssteuer. Hinter den

Ausgaben für das Erziehungswesen ist dies der zweithöchste Posten im Staatshaushalt. Als Reaktion auf den Bericht versprach Ministerpräsident Dominique de Villepin, die Schuldenfrage ab 2007 in Angriff zu nehmen und durch entsprechende Maßnahmen (vor allem die Nichtwiederbesetzung von Stellen im öffentlichen Dienst) innerhalb von fünf Jahren die Schuldenquote auf 60 Prozent zu reduzieren.

Wie dies mit seinem Anfang September verkündeten Regierungsprogramm vom „sozialen Wachstum“ in Übereinstimmung zu bringen ist, bleibt wohl sein Geheimnis. In diesem Programm hatte die Regierung als Antwort auf die Arbeitslosigkeit und die sozialen Bewegungen der „*rentrée*“ ein großangelegtes Investitionsprogramm in Höhe von 10 Milliarden Euro bis zum Jahr 2012 versprochen, vor allem für Eisenbahn- und Autobahnbauprojekte sowie sonstige Infrastrukturmaßnahmen. Ein Großteil soll aus Privatisierungen – vor allem der Autobahnen – finanziert werden; man hofft, so Villepin, dass die 10 Milliarden öffentlicher Mittel 5 Milliarden private Investitionen nach sich ziehen werden. Doch kommen nach den Vorstadtunruhen vom Herbst weitere kostenwirksame Versprechungen hinzu: Wiederaufstockung der Mittel für soziale und kulturelle Programme in den Vorstädten, vor allem aber die Rehabilitierung der Schulen in den sogenannten „prioritären Erziehungszonen“, aus denen ein Großteil der jährlich 150 000 Schulabgänger ohne Abschluss kommt.

Dies alles passt in das Bild der seit Jahren betriebenen französischen Politik der kleinen Schritte, ohne dass die Richtung klar wird, und des kurzfristigen Reagierens auf aktuelle Ereignisse, statt die großen Probleme langfristig in Angriff zu nehmen. Das Schlagwort vom „sozialen Wachstum“ war vor allem eine Antwort auf die angekündigte Mobilisierung der Gewerkschaften, die mit einem heißen Herbst gedroht und am 4. Oktober auch tatsächlich eine Million Menschen (nach Angaben der Polizei die Hälfte) auf die Straße gebracht hatten. Ihr Zorn richtete sich vor allem gegen die Reformen im Arbeitsrecht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere die Einführung eines „Vertrags zur Neueinstellung“ (*contrat nouvelles embauches*). Dieser sieht vor, dass in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern ein neu eingestellter Beschäftigter in den ersten zwei Jahren ohne Angabe von Gründen gekündigt werden kann, wobei für diese Fälle dann staatliche Auffangmaßnahmen vorgesehen sind. Und auch das ist typisch französisch: zwar sind die Gewerkschaftsführer in ihrer Mehrheit bereit, über Reformen des Arbeitsrechts und des Sozialmodells insge-

samt zu reden, doch sind sie selbst Getriebene, die deshalb die Regierung vor sich her treiben müssen. Es ist die unselige Konkurrenz zwischen mehreren Gewerkschaften, die sich gegenseitig mit radikalen Parolen überbieten (müssen), damit nicht die Mitglieder zur Konkurrenz überlaufen, wie es in den letzten Jahren der reformorientierten CFDT unter ihrem pragmatischen Vorsitzenden François Chérèque mehrfach passierte. Chérèque bekennt sich zur „dringenden Reform unseres Sozialmodells“ und unterstreicht, dass die Entwicklung des Arbeitsrechts „kein Tabu für die CFDT ist“. Die CFDT hatte sich auch als einzige der großen Gewerkschaften beim Referendum über die europäische Verfassung für das „Ja“ ausgesprochen, während der CGT-Vorsitzende Bernard Thibault mit seinem Vorschlag, sich neutral zu verhalten, an den Nein-Sagern im eigenen Vorstand scheiterte; Thibault sieht sich zu einem eigentümlichen Schlingerkurs gezwungen zwischen seinem Ziel, die ex-kommunistische CGT zu einer modernen Gewerkschaft zu machen einerseits und den radikalverbaleren Anpassungen an die innere wie äußere Konkurrenz andererseits.

Insgesamt spiegeln auch die Gewerkschaften den Integrationsverlust aller Großinstitutionen wieder und tragen damit zum allseitig beklagten Werteverlust bei: während sie frühere Einwanderungswellen, wie etwa die der Polen oder der Portugiesen, reibungslos integrierten, fällt ihnen dies bei den Einwanderern nord- und schwarzafrikanischer Herkunft bedeutend schwerer. Bei den im Frühjahr 2006 anstehenden Vorstandswahlen der CGT befinden sich unter 88 Kandidaten nur drei „aus der Einwanderung hervorgegangene Personen“, wie es – wieder einmal – politisch korrekt heißt; überdies ist kein einziger Kandidat jünger als 30 Jahre, auch dies ein schlechtes Signal an die Vorstädte, wo der Anteil der jungen Menschen weit über dem französischen Durchschnitt liegt. So konnte *Le Monde* spöttisch registrieren, dass lange Jahre hindurch an der Spitze der Gewerkschaftskundgebungen nur ein Schwarzer vertreten war – der Leibwächter des früheren FO-Vorsitzenden Marc Blondel.

Die „Bombe der Fragmentierung“, von der Debray spricht, ist der Explosion also schon bedrohlich nahe, und es scheint keiner mehr da zu sein, der sie daran hindern könnte: Staat, Parteien, Schule, Armee, Gewerkschaften, Kirchen – sie alle haben ihre einstige Integrationskraft eingebüßt und es wirkt fast schon grotesk, wenn der zum „*neoréac*“ gewendete Ex-Marxist schreibt: „Tony Montana, der als die Ikone der Vorstädte gilt, ist kein Hoffnungsträger, wie es – zu Recht oder zu Unrecht – zumindest der Vorstellung nach

Trotzki, Stalin oder Che Guevara waren.“ Bei solchen Alternativen kann man wirklich Angst um Frankreich bekommen, und es stellt sich bei dieser ganzen pessimistischen Nabelschau die Frage: wo bleibt Europa?

Nachdem bis zum Referendum am 29. Mai 2005 und auch noch Wochen danach dieses Thema im Vordergrund heftig geführter öffentlicher Kampagnen stand, führt es seitdem ein Schattendasein. Nicht, als ob es völlig bedeutungslos geworden wäre: in Sonntagsreden werden immer wieder mutige europäische Zukunftsentwürfe gepredigt und für die Sieger der Nein-Kampagne dient es nach wie vor als Sündenbock für alle Übel dieser Welt. Aber anders als etwa in Deutschland redet man in Frankreich weniger vom *europäischen* Wirtschafts- und Sozialmodell als eben vom *französischen* Modell. Das deutet nicht nur auf eine stärkere Ich-Bezogenheit hin, die auch das Ausmaß der Identitätskrise durch den Verlust nationaler Größe in fast allen Bereichen erklärt, sondern lässt auch vermuten, dass die alte französische Vorstellung, Europa könne eigentlich nur ein vergrößertes Frankreich sein, noch immer nicht ganz ausgerottet ist. Doch sind die Verhältnisse in Wirklichkeit noch komplizierter: obwohl (oder gerade weil) Frankreich selbst nicht mehr seinem eigenen Bild entspricht, projiziert es seine nationale Utopie auf Europa und ist enttäuscht, wenn dieses nicht mitzieht. Anders ausgedrückt: Europa soll im Grunde das im eigenen Land schon fast ruinierte *Modell* retten, indem es dieses für sich selbst übernimmt und ihm damit neues Leben einhaucht. Die Enttäuschung über die europäische Weigerung, dabei mitzumachen, erklärt die geradezu fanatische Verteufelung des europäischen Verfassungsentwurfs in der Kampagne des Frühjahrs 2005 und seine Verunglimpfung als Ausgeburt neoliberaler, der hemmungslosen Globalisierung dienender Gesinnung. Es war weniger die Kritik an konkreten Vorschlägen der Verfassung als vielmehr diese enttäuschte Liebe, die zu dem letztlich doch überraschend klaren „Nein“ im Referendum geführt hat. In dieser Perspektive ist auch nicht verständlich, warum die anderen Europäer das „französische Modell“ nicht übernehmen wollen, bietet es doch in den Worten des linken Historikers und Publizisten Jacques Julliard einen bequemen Weg: „Wir wollen die Vorteile des Sozialismus wie auch des Individualismus und wir wählen diejenigen, die uns glauben machen, dass beides vereinbar sei“.

Das Versagen der politischen Klasse

So wählen die Franzosen seit dem Ende der „trente glorieuses“ – der dreißig Jahre wachsenden Wohlstands zwischen 1945 und 1975 – immer wieder diejenigen, die ihnen am meisten versprechen, wählen sie dann zumeist enttäuscht wieder ab oder zwingen ihnen zumindest eine „cohabitation“ auf, was die Sache noch schlimmer macht. Es ist müßig, nach dem Ausgangspunkt dieser nach unten führenden Spirale zu forschen; damit verhält es sich, wie mit der Frage, wer zuerst da war: das Huhn oder das Ei. Sind es die Wähler, die mit ihren Ansprüchen die Parteien zu opportunistischem Verhalten zwingen oder gaukeln die politischen Führer dem Wahlvolk jeweils die schönste aller Welten vor? Fest steht jedenfalls, dass die politische Klasse Frankreichs das Land in den letzten 30 Jahren in die Krise geführt hat, deren augenfälligste Merkmale die ständig wachsende Staatsverschuldung und die gescheiterte Integration der Einwanderer und deren Nachkommen sind. Es ist damit auch das Versagen einer der tragenden Säulen der IV. und V. Republik, der „grandes écoles“, aus denen fast alle führenden Politiker der letzten Jahrzehnte hervorgegangen sind.

Es ist deshalb bezeichnend – und zugleich paradox –, dass seit Jahren das „enfant terrible“ der französischen Politik, Nicolas Sarkozy, konstant zu den populärsten Führungsfiguren zählt. Bezeichnend, weil Sarkozy einer der wenigen Spitzenpolitiker ist, der keine der „grandes écoles“ absolviert hat und der sich (deshalb?) auch in Habitus und Sprache von der Mehrheit der politischen Klasse abhebt; „parler vrai“ – die Wahrheit sagen, ist sein von den meisten Bürgern anerkanntes Markenzeichen. Dass er dabei manchmal, wie im Fall der Vorstadtunruhen, über die Stränge schlägt, trägt ihm zwar einerseits wütende Proteste der Minderheiten und Rügen des Staatspräsidenten ein, erhöht aber andererseits seine Popularität. Paradox ist aber, dass die Franzosen möglicherweise bei der Wahl im Jahr 2007 einen Präsidenten wählen werden, der all ihre lieb gewordenen Gewohnheiten und altherwürdigen Werte unverhohlen in Frage stellt: so spricht er offen vom Scheitern des französischen Sozialmodells und fragt scheinheilig, was es denn an einem Modell zu bewahren gebe, das seit Jahren nur hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Wachstum produziere, während man doch woanders (in den angelsächsischen Ländern und in Skandinavien) deutlich bessere Resultate erziele. Oder wenn er das französische Modell der Integration und den tabuisierten Laizismus in Frage stellt, wenn dies doch nur zur Ausgrenzung der Minderheiten und

zu deren Radikalisierung führe. Sarkozy gilt als Liberaler und Anhänger des angelsächsischen Weges – beides in Frankreich normalerweise nicht gerade Vorteile für eine politische Karriere. Doch verkörperte er auf der anderen Seite als Innenminister von 2002-2004 mit erfolgreicher Kriminalitätsbekämpfung ein „law-and-order-Konzept“, das er – wieder seit Mitte 2005 im gleichen Amt – jetzt auch bei den Vorstadtunruhen in Szene setzte. Und als zwischenzeitlicher Wirtschafts- und Finanzminister von März bis November 2004 verhielt er sich alles andere als liberal im ökonomischen Sinne; mit industriepolitischen Interventionen in bester (oder je nach Interpretation: schlechtesten) etatistischer Tradition scheute er auch vor offenem Streit mit seinem damaligen deutschen Amtskollegen Wolfgang Clement nicht zurück.

Das politische Chamäleon Sarkozy trägt überdies auch noch eine weitere Farbe auf: die des Parteipolitikers. Noch vor sechs Jahren als Verräter am Parteigründer und Staatspräsidenten Jacques Chirac im eigenen Lager verfeimt, hat er es im November 2004 geschafft, gegen dessen erklärten Willen mit überwältigender Mehrheit zum Vorsitzenden der Regierungspartei UMP (Union pour un Mouvement Populaire) gewählt zu werden. Seitdem hat er die Partei nach seinem Bild geformt und sie insbesondere zur mitgliederstärksten Formation in Frankreich gemacht. Von 107 000 bei seiner Amtsübernahme stieg die Mitgliederzahl auf 200 000 im Dezember 2005 und liegt damit weit vor der Sozialistischen Partei mit 127 000 Aktivisten (nach Angaben der früheren Parteiführung lag die Mitgliederzahl der UMP 2004 bei 165 000, aber das schmälert den Erfolg kaum). Und er hat sich auch gegen die um Chirac und Premierminister Dominique de Villepin gescharten traditionellen Gaullisten mit seinem Vorhaben durchgesetzt, den nächsten Präsidentschaftskandidaten in einer Urabstimmung der Parteimitglieder zu küren – und sich damit die beste Ausgangsposition verschafft.

Denn im eigenen Lager gibt es nur noch einen ernsthaften Konkurrenten, de Villepin, nachdem Chirac schon seit längerem eine Art Götterdämmerung durchlebt, eingeleitet durch die Niederlage im europäischen Verfassungsreferendum und verstärkt durch gesundheitliche Probleme. An seine (dritte) Kandidatur glaubt man selbst im eigenen Lager nicht mehr, und umso mehr tut der alternde Staatschef alles, um Sarkozy Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Der größte ist der im Juli 2005 zum Premierminister ernannte de Villepin, der in sozialgaullistischer Manier überraschend schnell an Popularität gewonnen hat und der mit sei-

ner Parole vom „sozialen Wachstum“ der linken Opposition das Wasser abgraben will. Villepin ist als Absolvent der Kadenschmiede ENA (Ecole Nationale d'Administration) und als gelernter Diplomat der Archetyp des republikanischen Establishment. In seinem ganzen Auftreten und Habitus verkörpert er das Gegenbild zu Sarkozy: spricht dieser vom notwendigen „Bruch“ (rupture) mit dem herkömmlichen System und einem notwendigen Neuanfang, so predigt Villepin die Kontinuität und verteidigt das „französische Modell“. Der mehr oder minder offen ausgetragene Zweikampf dieser beiden Männer um die Nachfolge Chiracs beherrscht seit dem Herbst 2005 die mediale Szene und verdrängt die Opposition auf die hinteren Ränge. Der Schriftsteller und Publizist Eric Zemmour sieht dabei Villepin in der Tradition des „Amtsadels“, der sich in der heutigen Staatsklasse der „Enarchen“ (Absolventen der ENA) fortsetzt; seine meisten Anhänger findet der Premierminister unter den Angehörigen des öffentlichen Dienstes und dem Bildungsbürgertum, aber auch Sympathisanten der Linken werden von ihm angezogen, zumindest als kleineres Übel gegenüber Sarkozy. Dieser wiederum verkörpert laut Zemmour den früheren „Schwertadel“, „der aus dem Nichts kommt und alles will“. Repräsentiert Villepin den Staat, das Gesetz, die Verwaltung und den Zentralismus, so ersetzt bei Sarkozy „das allgemeine Wahlrecht die Geburt als Zeichen der Erwählung“. Denn das ist ein weiterer großer Unterschied zwischen den beiden: während Sarkozy ein erfahrener Wahlkämpfer ist, der bereits mit 28 Jahren zum Bürgermeister seiner Heimatstadt Neuilly gewählt wurde, hat sich Villepin als pures Beamtenprodukt noch keiner einzigen Wahl gestellt und sich in seinen früheren Funktionen – als Generalsekretär des Elysée-Palastes, Außen- und Innenminister – geradezu als Verächter der Volksvertreter hervorgetan.

Für die Bewältigung der französischen Malaise ist dieser Zweikampf im rechten Lager kein gutes Zeichen, denn trotz aller Warnsignale – Referendum, Vorstadtunruhen, Pèbereau-Bericht – steht die Präsidentschaftskandidatur im Vordergrund, und damit überwiegen taktische Überlegungen gegenüber strategischen Erfordernissen. Europa, Integration, Sozialstaatsreform, Finanzsanierung – das alles wird bis 2007 warten müssen. Wertvolle Zeit geht verloren, die Probleme werden sich weiter akkumulieren, aber getreu der Devise „nur wenn wir alles versprechen, werden wir auch gewählt“, wird das Ansehen der politischen Klasse und damit auch der Demokratie weiter ramponiert werden.

Leider leuchtet auch von links kein Licht der Hoffnung. Die Sozialistische Partei, größte Oppositionskraft und einzig ernsthafte Alternative zur UMP-Regierung, findet nur schwer aus ihrer selbstverschuldeten Krise heraus. Nach einem Zwischenhoch in den Regional- und Europawahlen 2004 hatte sich die Partei im ersten Halbjahr 2005 über die Europafrage derart zerstritten, dass zeitweise sogar eine Spaltung nicht mehr ausgeschlossen und vom ehemaligen Premierminister Michel Rocard als Heilmittel sogar empfohlen wurde. Auch dies ist ein Zeichen für die tiefe Verunsicherung und die Identitätskrise des Landes, diesmal auf der Linken: nachdem am 1. Dezember 2004 eine klare Mehrheit von fast 59 Prozent der Parteimitglieder für die Annahme der europäischen Verfassung gestimmt hatte, starteten die unterlegenen Verfassungsgegner – allen voran der ehemalige Premierminister Laurent Fabius – eine Kampagne für das „Nein“ im Referendum vom 29. Mai – und siegten. Die Mehrheit der PS-Mitglieder und –Sympathisanten lehnte den europäischen Verfassungsentwurf ab, eine klare Ohrfeige für die Parteiführung um François Hollande. Diese organisierte daraufhin eine weitere parteiinterne Abstimmung im Oktober, um die Mehrheitsverhältnisse zu klären – und erhielt 56 Prozent Zustimmung für ihren pro-europäischen Vorschlag. Statt diese Mehrheit zu nutzen, ging sie auf dem Parteikongress in Le Mans im November einen Kompromiss (*synthèse*) ein, bei dem die Europegegner und reformfeindlichen Linken viele ihrer Positionen durchsetzten. Bei so viel „Hü und Hott“ geht schon einmal der Überblick – und vor allem das Profil – verloren. Da darf man sich nicht wundern, wenn der potentielle Wähler sich fragt, wo die Opposition bei den existentiellen Fragen des Staates bleibt. Weder zu den Unruhen in den Vorstädten noch zur Finanzkrise konnte die PS Wesentliches beitragen, die Show wurde ihr von den rechten Protagonisten Sarkozy und Villepin gestohlen, wobei letzterer auch noch auf ihrem ureigenen Terrain – den sozialen Fragen – wilderte.

Die PS hat ein doppeltes Problem: ein programmatisches und ein personales. Programmatisch hat sie trotz vieler Annäherungsversuche den entscheidenden Schritt hin zu einer sozialdemokratischen Reformpartei mittel- und nordeuropäischen Zuschnitts noch immer nicht gemacht. Nach ihrer verheerenden Wahlniederlage 2002 setzte sich auf dem Kongress von Dijon im Mai 2003 François Hollande (im Verein mit Fabius!) zwar mit seiner Parole vom „Linksreformismus“ durch und in seinem Sieg bei der parteiinternen Abstimmung im Dezember 2004 sahen viele nicht nur die definitive Hinwendung der Sozialisten zu Europa, sondern auch

das endgültige Einschwenken auf einen realistischen Reformkurs. Doch das vor allem von der Linken getragene „Nein“ im europäischen Verfassungsreferendum vom 29. Mai 2005 bedeutete einen schweren Rückfall, der in der „Synthese“ von Le Mans mündete: Aufnahme erklärter Europa- und Reformgegner in den Parteivorstand und Akzeptierung „linker“ Positionen, wie die Rücknahme von Privatisierungen, einen Mindestlohn von 1500 Euro, Ablehnung praktisch aller von der konservativen Regierung vorgenommenen Reformen der Sozialsysteme. Damit hat sich die Partei weg von der Linie des früheren Premierministers Lionel Jospin bewegt, der die PS als „Regierungspartei im Wartestand“ sah und vor unrealistischen Versprechungen in der Opposition warnte. Hollande hatte bisher dieselbe Linie vertreten und immer wieder darauf hin gewiesen, dass man in der Regierung daran gemessen werde, was man zuvor in der Opposition versprochen habe. Jetzt sieht er sich faktisch dazu gezwungen, in der Tradition des früheren Präsidenten François Mitterrand fortzufahren, für den die Einheit der Linken als Voraussetzung für einen Wahlsieg erschien (dass er danach eine durchaus pragmatische Politik betrieb, ist ein anderes Kapitel). So finden schon die ersten Sondierungsgespräche mit den potentiellen Partnern statt, vor allem den Kommunisten und den Grünen. Da aber auch die extreme Linke (Trotzkisten, Globalisierungsgegner) ein nicht unbedeutendes Wählerpotential auf sich vereinen, gibt es nicht wenige in der PS (und bei den Kommunisten), die ein möglichst breites Linksbündnis anstreben – mit programmatischen Konsequenzen, die man sich ausmalen kann.

Aber auch personell steht die PS vor einem schwierigen Problem. Nicht, dass sie keinen geeigneten Kandidaten für die im Frühjahr 2007 anstehende Präsidentschaftswahl hätte, ganz im Gegenteil: sie hat zu viele Kandidaten, die der Öffentlichkeit das Bild einer mit vielen Zungen redenden Partei vermitteln. An erster Stelle steht Fabius, der als Premierminister einen von der Parteilinken kritisierten pragmatischen Kurs verfolgte, sich aber jetzt als Kopf eben dieser Linken geriert und ein „anti-liberales“ Programm verspricht. Sein Hauptkontrahent ist Dominique Strauss-Kahn, der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister, der für einen pragmatischen Reformkurs steht, sich aber auf dem Parteikongress in Le Mans gezwungen sah, Zugeständnisse an den linken Zeitgeist zu machen. Dann ist auch Hollande selbst noch nicht ganz aus dem Rennen, auch wenn das Jahr 2005 ihm schwere Blessuren bescherte. Und schließlich gibt es noch mindestens zwei Kandidaten, die zwar keine Schwergewichte in der Partei sind, dafür aber in allen Meinungsumfragen an der

Spitze stehen: die Präsidentin der Region Poitou-Charentes, Ségolène Royal, und der frühere Kulturminister Jack Lang. Insbesondere Royal hat innerhalb eines Jahres einen kometenhaften Aufstieg in der öffentlichen Meinung hingelegt; sie ist nicht nur die einzige Frau unter den 22 Präsidenten der französischen Regionen, sondern verfügt auch über Regierungserfahrung als Umwelt- und Schulministerin unter Jospin – eine Tatsache, die in Frankreich bei der Bewertung von Präsidentschaftskandidaten eine große Rolle spielt. Dies ist einer der Nachteile von François Hollande, der noch nie ein Regierungsamt bekleidete und der im übrigen Royals Lebenspartner ist; das Paar hat vier gemeinsame Kinder. Diese ungewöhnliche Konstellation – (Ehe-) Mann und Frau als mögliche Konkurrenten um die Präsidentschaftskandidatur – trägt natürlich auch zum großen medialen Interesse an Ségolène Royal bei, der Ende 2005 mehrere Magazine ihre Titelgeschichte widmeten. Nicht ausgeschlossen ist auch, dass es bei einer Zerfleischung dieser Kandidaten untereinander zu einem Comeback von Lionel Jospin kommen könnte, den viele noch immer für den Einzigen halten, der den wahrscheinlichen Rechtskandidaten Sarkozy schlagen könnte. Die Entscheidung soll allerdings erst im November 2006 in einer Mitgliederbefragung fallen, wobei in der PS zunehmend das italienische Modell der Vorwahlen unter allen Linkswählern diskutiert wird.

Das Starren auf die Präsidentschaftskandidatur bei den großen demokratischen Parteien darf aber den Blick nicht dafür trüben, dass es durchaus noch andere gibt, die bei der Entscheidung mitmischen werden. Dies gilt in erster Linie für den rechtsextremen „Front National“ (FN), dessen Kandidat und Vorsitzender Jean-Marie Le Pen 2002 überraschend auf dem zweiten Platz gelandet war und der damit den Sozialisten Jospin aus dem Feld schlug. Der FN, mit 75 000 Mitgliedern viertstärkste französische Partei, wenn auch wegen des Wahlrechts nicht im Parlament vertreten, hat durch die Vorstadtunruhen im Herbst 2005 einen kräftigen Aufschwung erhalten. Dies belegt eine Meinungsumfrage im Auftrag von *Le Monde* von Mitte Dezember, wonach nur noch 39 Prozent der Franzosen die Positionen des FN nicht akzeptabel finden (gegenüber 44 Prozent 2004 und 48 Prozent 1997). Noch identifiziert sich nur eine Minderheit der Befragten mit diesen Positionen (zum Beispiel hinsichtlich der Verteidigung traditioneller Werte 33 Prozent, bei Recht und Sicherheit 26 Prozent usw.); nimmt man hingegen die Konnotation mit dem FN weg und stellt die Frage allgemeiner, dann kommt man zu ganz anderen Ergebnissen, die eine faktische Übernahme solcher Positionen durch immer mehr Franzosen belegen:

	Ja	Nein
man verteidigt die traditionellen Werte in Frankreich zu wenig	73%	23%
die Justiz ist nicht streng genug mit der Kleinkriminalität	70%	25%
es gibt zu viele Einwanderer in Frankreich	63%	31%
man muss der Polizei mehr Vollmachten geben	49%	48%
man fühlt sich in Frankreich nicht mehr so recht zu Hause	48%	50%
die europäische Integration bedroht Frankreichs Identität	45%	51%
man sollte die Todesstrafe wieder einführen	34%	63%

Die etablierte politische Klasse hat es versäumt, auf diese Probleme und Ängste der Bürger einzugehen. Stattdessen pflegt sie einen abstrakten Diskurs, der sich in Leerformeln und Worthülsen der politischen Korrektheit erschöpft, und dem deshalb niemand mehr zu folgen vermag. Einen großen Anteil am Niedergang der politischen Kultur hat Staatspräsident Jacques Chirac, der in seiner 11. Neujahrsansprache seit Amtsantritt seine Landsleute wiederum mit Reformversprechungen bombardierte, die er schon vor acht oder zehn Jahren gemacht hatte. So nimmt es nicht Wunder, dass ein Drittel der Franzosen mit der Wiederholung des Wahlerfolgs von Le Pen rechnet. Nicht mehr ganz scherzhaft wird in politischen Kreisen von Paris kolportiert, 2007 gehe es nicht mehr darum, ob Le Pen wieder den zweiten Platz erreichen werde sondern ob es dann der erste sein wird. Dann allerdings würde das französische Modell nachhaltigen Schaden nehmen.